

## Die Richterwahl neu gestalten

Öffentliche Stellenausschreibung

Auch die Richterstellen für die kantonalen Gerichte sollen künftig öffentlich ausgeschrieben werden – doch die Anknüpfung an den Parteienproporz bleibt.

brh. · Ende November wird der Kantonsrat über ein Geschäft zu bestimmen haben, das in der Vorbereitungsphase zu sehr vielen Sitzungen und Uneinigigkeiten geführt hat. Es geht um nichts Geringeres als um die Frage, wie künftig im Kanton Zürich die Richterinnen und Richter für die kantonsweit tätigen Gerichte (Obergericht, Sozialversicherungsgericht und Verwaltungsgericht) zu wählen sind. Heute noch werden diese Stellen – im Gegensatz zu den Bezirksrichterstellen – nicht öffentlich ausgeschrieben. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) berechnet, welche Partei «Anspruch» auf die frei werdende Richterstelle hat, und die Berechtigte macht sich dann auf Kandidatensuche. Dieses Vorgehen ist einerseits intransparent und entspricht andererseits auch nicht den Vorgaben der Kantonsverfassung.

Mit einer parlamentarischen Initiative verlangen deshalb Peter Schulthess (sp., Stäfa) und seine Mitunterzeichner von CVP und FDP ein neues Prozedere, das wie folgt aussehen würde: Fünf Mitglieder der Justizkommission bilden eine Kandidatenprüfungskommission und prüfen die Bewerbungen, die auf Grund der (neuen) öffentlichen Ausschreibung eintreffen. Das Gremium wird von einem Beirat, bestehend vor allem aus Rechtsprofessoren und Richtern, beraten. Die Vorbereitung der Wahl bleibt anschliessend wie bisher der IFK überlassen. Solchen Vorstellungen mag sich die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit jedoch nicht komplett anschliessen, und sie stellt der parlamentarischen Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Dieser verzichtet auf den externen Beirat, überlässt die Kandidatenprüfung jedoch ebenfalls der Justizkommission und die Vorbereitung der Wahl der IFK – die Abweichung zur Initiative ist also gering.

Zu den Fragen rund um die künftigen Richterwahlen bestehen nun aber zusätzlich zur Initiative und zum Gegenvorschlag noch eine ganze Reihe weiterer, jeweils leicht divergierender Auffassungen, vonseiten der Kommissionen wie auch vonseiten der Gerichte. Der Regierungsrat äussert sich ganz grundsätzlich zur Bedeutung der Richterwahlen und problematisiert zwar die Anbindung ans Parteibuch, sieht aber keinen anderen Lösungsansatz. Er hofft darauf, dass der Kantonsrat künftig immerhin den «Preis» der umstrittenen Anbindung ans Parteibuch kennt: sich also bewusst ist, dass möglicherweise auf den besten Richter Kandidaten verzichtet wird, der Beachtung des Parteienproporz zuliebe. Die Regierung erinnert daran, dass heute nur zehn Prozent der Bevölkerung einer politischen Partei angehören.

## Spitalbeiträge tiefer und Fürsorge teurer

Winterthurer Novemberbrief

flo. · Der Winterthurer Budgetentwurf 2011 verändert sich mit dem Novemberbrief um 2,4 Millionen Franken. Mehrkosten zeichnen sich bei Sonderschulung und Fürsorgeleistungen ab. Laut Mitteilung können diese Mehraufwendungen durch einen tieferen Beitrag an das Kantonsspital Winterthur und kleinere Einsparungen teilweise kompensiert werden. Winterthur budgetiert für 2011 bei einem Aufwand von 1,3 Milliarden ein Defizit von 2,7 Millionen Franken. Ein definitiver Antrag zu den Lohnmassnahmen steht noch aus, weil der dafür massgebende Kanton erst Ende November entscheidet. Der Stadtrat will sich nun vom Parlament dazu ermächtigen lassen, die Eckpunkte im Rahmen des Personalstatuts festzulegen.

## Eine Frage williger Lehrer?

Schulische Integration nach dem Rückzug des Sonderpädagogischen Konzepts

Nach dem Rückzug des Sonderpädagogischen Konzepts ist die Diskussion um die Integration Behinderter in normale Klassen etwas verstummt. Betroffene erwarten aber rasche Lösungen.

Walter Berner

Schulische Integration sei eine Frage der Haltung; sie könne nicht verordnet werden. Dies sagte Bildungsdirektorin Regine Aeppli im Juni, als sie den Rückzug des in dreijähriger Arbeit erarbeiteten Sonderpädagogischen Konzepts ankündete. Es war in der Vernehmlassung durchgefallen, vor allem weil es von der Regierung mit Sparvorgaben verknüpft worden war. Mit steinerner Miene verfolgten damals Chefbeamte und Beteiligte der Hochschule für Heilpädagogik die Medienkonferenz. Zwar erklärte Aeppli, an den unbestrittenen Teilen des Konzepts festzuhalten, aber bis jetzt herrscht Funkstille.

### Klare Aufträge fehlen

«Die Politik soll endlich hinstehen und sagen, wo es langgeht!» Das hat die Mutter eines behinderten Kindes am Mittwoch gefordert. Ihr seien die Haare

zu Berge gestanden, als sie Aeppli sagen hörte, man könne Integration nicht erzwingen. Es handle sich schliesslich seit zehn Jahren um einen Verfassungsauftrag, betonte sie an einer Podiumsveranstaltung der Paulus-Akademie zum Thema «Wie weiter mit der schulischen Integration?». Die Mutter hatte zwar gute Erfahrungen mit der integrierten Sonderschulung im Kanton Zürich gemacht, musste aber immer wieder neue Lösungen finden, weil es an der Bereitschaft dazu mangelte.

Die Aussage hat klare Antworten provoziert. Anton Strittmatter, erfahrener Chef-Pädagoge des Lehrerdachverbands LCH, verurteilte die Haltung, nach der man den Lehrern einfach Zeit geben müsse. Mit der Freiwilligkeit sage man an der Professionalität der Lehrerschaft, was diese nicht hinnehmen könne. Von Lehrern könne man eine kluge Umsetzung erwarten, aber dafür seien klare Aufträge zu formulieren. Über die zur Erfüllung benötigten Mittel müsse dann mit den Profis in den Schulen verhandelt werden.

Urs Meier, Leiter Sonderpädagogisches im Zürcher Volksschulamt, bestätigte, dass der bundesrechtliche Anspruch auch im Kanton Zürich gelte. Sein Amt habe Eltern, denen die integrative Sonderschulung verweigert wurde, auch schon zur Klage geraten. Stritt-

matter brachte das in Wallung: Wenn Eltern für ihr Recht klagen müssten, versage das System.

### Gute Beispiele entwickeln

Die Episode aus einem spannenden Gespräch zeigt, wie wichtig es wäre, zu wissen, wohin die Reise konkret gehen soll. Peter Lienhard von der Hochschule für Heilpädagogik Zürich, der mehrere kantonale Konzepte mitentwickelt hat, verhehlte seine masslose Enttäuschung über das Scheitern des Zürcher Konzepts nicht. Inzwischen schaut er weniger pessimistisch in die Zukunft. Von geklärten Rahmenbedingungen seien wir allerdings weit entfernt, meinte er. Er plädierte dafür, sich auf Themen zu konzentrieren, die Erfolge erwarten liessen, und gute Beispiele zu entwickeln, die unabhängig von personellen Zufälligkeiten funktionierten. Der positive Druck guter Beispiele bewirke am meisten. Dafür brauche es aber die Rückendeckung der Politik.

Ein unbestrittener Teil des Konzepts, so Meier, könne im kommenden Sommer umgesetzt werden, wenn die Regierung zustimme: Die Gemeinden sollen die integrierte Sonderschulung mit eigenen (Sonderschul-)Mitteln stärken können – unabhängig von den vom Kanton zugeteilten Lehrerstellen.



Die Diskussion über die schulische Integration Behinderter bleibt kontrovers.

ANDREE-NOELLE POT / KEYSTONE

## Finanzielle Nothilfe für Standortmarketing

Neue Strategie der Greater Zurich Area (GZA) lässt weiter auf sich warten

üy. · Die Standortmarketing-Organisation Greater Zurich Area AG (GZA) steht unter Druck. Vor knapp einem Jahr forderte der Regierungsrat dazu auf, «Organisation und Struktur der GZA aufgrund der gegenwärtigen Entwicklungen und festgestellten Mängel grundsätzlich zu hinterfragen». Am Donnerstag hat der GZA-Stiftungsrat die Ergebnisse der dafür eingesetzten Arbeitsgruppen präsentiert.

### 7 statt 6 Verwaltungsräte

Sie unterscheiden sich in weiten Teilen nicht von früheren Ankündigungen einer Neuausrichtung: So soll sich die GZA stärker auf die Akquisition von ausländischen Firmen für den Wirtschaftsraum Zürich konzentrieren und Doppelspurigkeiten mit Organisationen wie der Osec, der Organisation zur Ausserwirtschafsförderung, oder der Metropolitankonferenz Zürich vermeiden. An der überregionalen Zusammenarbeit wie auch am Modell der Public-

Private Partnership will der Stiftungsrat festhalten. Die 1998 gegründete und von einer Stiftung getragene GZA wird zurzeit von sieben Kantonen, den Städten Zürich und Winterthur sowie knapp einem Dutzend Unternehmen finanziert. Der Kanton Aargau ist im Oktober nach fünf Jahren Probemitgliedschaft aus der Organisation ausgestiegen – der Nutzen sei «weit unter den Erwartungen» gelegen (NZZ 23. 10. 10).

Zur «Optimierung der Strukturen» will die GZA im Februar 2011 den Verwaltungsrat neu konstituieren und von 6 auf 7 Mitglieder aufstocken. Damit sind die Kantone zukünftig mit 3 Mitgliedern vertreten; Städte und Privatwirtschaft stellen weiterhin 1 Person beziehungsweise 3 Personen, wobei ein Mitglied der Privatwirtschaft auch das Präsidium übernehmen soll.

Unverändert bleibt hingegen die Zusammensetzung des Stiftungsrates – dabei hatten Vertreter der an der GZA beteiligten Unternehmen erst kürzlich ihren Unmut über stetig kleiner werdende

Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesem Rat bekundet (NZZ 11. 10. 10). Weiterhin ungelöst bleibt die Frage eines neuen Rahmenkredits für die GZA im Kanton Zürich; der bisherige läuft Ende Jahr aus. Der Kanton kommt mit 1,88 Millionen Franken für gut die Hälfte des jährlichen Budgets auf.

### Stocker will Übergangskredit

Er werde beim Regierungsrat einen Antrag auf einen Übergangskredit stellen, sagte Ernst Stocker, Volkswirtschaftsdirektor und Stiftungsratspräsident der GZA. Stocker hofft, dass damit die Liquidität für die nächsten 12 bis 18 Monate sichergestellt werden kann. Für einen neuen Rahmenkredit sei nun aber eine Strategie vonnöten, die «Hand und Fuss» habe. Der Stiftungsrat habe die Eckwerte dafür festgelegt. Die Ausarbeitung der Details – sie soll im Verlauf des Jahres 2011 erfolgen – liege in der Hand des Verwaltungsrates. Das Warten geht also weiter.

## Hubertus kann kochen

Neues Lokal in Zürich 3

Die Gegend hinter dem Zürcher Albisriederplatz ist in doppelter Hinsicht aufgewertet worden: Dank Hubertus Exhibitions besitzt das Quartier vorübergehend ein Kunstzentrum. Nun ist auch noch ein originelles Kultur- und Speiselokal dazugekommen.

ekk. · Unter dem Titel «Hubertus wird Künstler» war in diesen Spalten vor kurzem zu lesen, dass das Migros-Museum sowie die Galerien Van Oursow und Hauser & Wirth vorübergehend nach Zürich Albisrieden gezogen sind. Bis zum Abschluss der Bauarbeiten an ihrem Stammplatz auf dem Löwenbräu-Areal werden sie an der Albisriederstrasse bei der Tramhaltestelle Hubertus ein Kunstzentrum betreiben.

### Bereicherung fürs Quartier

Fast gleichzeitig wie das temporäre Kunstzentrum ist ganz in der Nähe ein Kultur- und Speiselokal eröffnet worden, das die Gegend zusätzlich bereichert: Im früheren Restaurant Hubertus am Letzigraben, das seit knapp zwei Jahren geschlossen war, ist das «Hubertus Temporary» entstanden. Die Betreiber des Lokals wollen jeweils von Montag bis Freitag mittags und abends frische, der Saison angepasste Marktküche anbieten. Am Samstag soll es für Veranstaltungen wie Konzerte, private Feste oder Firmenessen genutzt werden. Die Initiative dazu stammt von einer Gruppe von Künstlern, Grafikern und Architekten, die am Letzigraben eine Atelieregemeinschaft betrieben und vor eineinhalb Jahren einen Verein namens «Hubertus Temporary» gegründet hatten.

Sie öffneten das Lokal zunächst ausschliesslich für Vereinsmitglieder, organisierten Konzerte, einen Barbetrieb, Workshops, kulturelle Veranstaltungen und Public Viewings von Fussball-WM-Spielen. Dafür hatten sie von der Eigentümerin der Liegenschaft, der Swiss Finance & Property Investment AG, einen befristeten Mietvertrag für eine Zwischennutzung erhalten. Dieser wurde im Sommer bis Ende Juni 2011 verlängert. Die Vorstandsmitglieder des Vereins Hubertus Temporary arbeiteten ein neues Nutzungskonzept für ein Speise- und Kulturlokal aus.

### «Ort der Begegnungen»

Die Vorstandsmitglieder des Vereins sind zwischen 30 und 40 Jahre alt und als Quereinsteiger zur Gastronomie gekommen, wie Philipp Schubiger und Lucien Esseiva stellvertretend sagen. Als Geschäftsführer, Koch und «einzigen Vollprofi» hätten sie Thomas Braunagel in den Vorstand aufgenommen. Dieser stand zuvor in verschiedenen anderen Zürcher Restaurants am Herd. «Hubertus Temporary» solle kein Szenelokal werden; auch die Quartierbevölkerung sei herzlich willkommen. Um das zuletzt ziemlich heruntergekommene Restaurant, das in der Gegend mehr als Trink- denn als Speiselokal bekannt gewesen war, wieder einladend zu gestalten, hätten sie viel Zeit und Energie investiert, sagen Schubiger und Esseiva. Für die nötigen Bewilligungen hätten sie unter anderem eine Profi-Küche einbauen müssen.

Die Liegenschaft wurde 1901 von der Brauereifamilie Hürlimann erbaut, wie Raffaella Agosti, Sprecherin der Swiss Finance & Property Investment AG, sagte. Das Gebäude prägte die Umgebung seit langem, und man werde es ab Ende Juni 2011 sanieren. Der Denkmalschutz spiele eine entscheidende Rolle. Weil das Lokal schon immer ein Ort der Begegnungen gewesen sei, soll das Erdgeschoss, etwa als Restaurant, weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Vorstellbar wäre im ganzen Gebäude eine Mischung von Gastronomie, Kultur und Wohnen. Für die gastronomische Nutzung sei man mit mehreren Interessenten im Gespräch.